Einzelpreis 10 Pfg • Jahrgang 2 | Montag, den 28. April 1919 | Nummer 203 ✕ Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 2,80 M., bei Zustellung unter Kreuzband 4,50 M. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 80 Pf., „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Teuerungszuschlag 50 %. Bei Familien- und Versammlungsanzeigen tritt der Zuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.
Fernsprecher: Amt Norden 9768.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Internationale für Selbstbestimmungsrecht.

Die internationale Sozialistenkonferenz.

Amsterdam, 27. April.

Die internationale sozialistische Konferenz erörterte gestern die Frage, welcher Standpunkt zum Völkerbundentwurf der Pariser Konferenz angenommen werden soll. Es wurde ein Ausschuß ernannt, um die Ansicht der Konferenz schriftlich niederzulegen.

Hierauf berichtete Arthur Henderson über die von der Pariser Konferenz entworfene internationale Arbeitercharta. Es wird eine ständige Untersuchung über die Arbeitsbedingungen abgehalten werden. Ein dauerndes Sekretariat unter Aufsicht eines von den Abordnungen der angeschlossenen Länder ernannten Ausschusses ist errichtet worden. Jede Abordnung wird aus vier Mitgliedern bestehen, nämlich aus zwei Vertretern der Regierung, einem Vertreter der Arbeitgeber und einem Vertreter der organisierten Arbeiter. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat mit den Vorbereitungen zu der im Oktober in Washington abzuhaltenden ersten internationalen Konferenz begonnen. Der organisierende Ausschuß besteht aus Vertretern Englands, Italiens, Japans, Belgiens und der Schweiz. Auf der Tagesordnung der Konferenz stehen der Achtstundentag, die Arbeitslosigkeitsfrage, die Frage der Frauen- und Kinderarbeit sowie der Ausbau der Berner Verträge von 1906.

Am Nachmittag befaßte sich die Konferenz mit Gebietsfragen. Es war eine Anzahl von Entschließungen von verschiedenen Abordnungen eingelaufen. Die Konferenz sprach sich für die Unabhängigkeit von Livland, Georgien und Irland aus. Sie fordert für Deutschösterreich das Recht, sich an Deutschland anzuschließen. Ferner fordert sie für die deutschen Teile des früheren Oesterreichs das Recht, sich über die Frage, zu welchem Staate sie gehören sollen und gehören wollen, auszusprechen. Die Konferenz legte ferner gegen das Hineinbringen fremder Truppen in Ungarn Verwahrung ein und sprach sich gegen das Recht der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ungarns aus. Sie fordert, daß man in Paris nicht über das Los der einzelnen Teile Ungarns entscheiden soll, ehe eine Volksabstimmung unter Aufsicht von neutralen Ländern abgehalten worden ist. Ferner wurde eine Entschließung angenommen, in der erklärt wurde, daß die beiden Arbeiterparteien von Georgien und Armenien sich über die zwischen den beiden Ländern schwebenden Streitfragen geeinigt haben.

In einer weiteren Entschließung wurde gegen die Massenmorde in Armenien protestiert und Schadenersatzleistung verlangt. Die anderen Gebietsfragen werden morgen verhandelt werden, ebenso die Entschließungen über den Völkerbund und die über den Entwurf der Satzungen der neuen Internationale. — Perovi (Italien) legte nachdrücklich gegen eine Angliederung von Tirol an Italien Verwahrung ein. Die italienischen Sozialisten könnten eine Gewaltpolitik nicht billigen.

Es wurde ferner der Wunsch ausgesprochen, den in Vorbereitung befindlichen internationalen Kongreß nicht im September 1919, sondern mit Rücksicht auf die Teilnahme aller angeschlossenen Länder erst im Februar 1920 abzuhalten.

Der Militärputsch in Stettin.

Unsere gestrige Privatmeldung, daß der Putsch in Stettin von Grenzschutztruppen ausgegangen ist, wird durch folgenden Aufruf des Oberpräsidenten, des Kommandierenden Generals und des Oberbürgermeisters an die Bevölkerung vollkommen bestätigt:

„Am heutigen Sonntage ist auf dem Schloßhofe eine Versammlung friedlicher unbewaffneter Bürger von einer bewaffneten Bande verbrecherisch mit Handgranaten und Gewehren angegriffen worden. Den hinzueilenden staatlichen Truppen ist bewaffneter Widerstand geleistet worden. Mehrere Tote sind die Opfer dieses wahnsinnigen Unternehmens. Die Täter sind sämtlich in die Hände der militärischen Behörden gefallen, ihrer harret die schwerste Strafe; sie gehören einer fremden Truppe an, die in Kreslow bekanntlich gesammelt wird, um noch dem Osten abtransportiert zu werden. Wir trauern darüber, daß die Ruhe in der Stadt Stettin dank der besonnenen Haltung der Bevölkerung herrschende Ruhe und Ordnung gestört worden sind. Wir bitten die Bevölkerung, uns ihr Vertrauen zu erhalten und die Ruhe weiter zu bewahren. Wir versichern, daß es sich bei dem bedauerlichen Vorkommnis um eine Wahnsinnstat nur Einzelner handelt. Die staatlichen und militärischen Behörden werden die Freiheit der öffentlichen Rede stets achten und alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel zu ihrem Schutze anwenden. Das Resultat der Untersuchung gegen die Verhafteten wird öffentlich bekanntgegeben werden."

Es blieb auch in diesem Fall dem „Vorwärts" vorbehalten, den Versuch zu unternehmen, die Schuld an diesen Vorfällen den Gegnern der Regierung zuzuschieben. Während sogar die bürgerliche Presse sich begnügt, die Meldungen des Telegraphenbureaus abzudrucken, schreibt der „Vorwärts":

„Wir können kaum glauben, daß wirkliche Regierungsanhänger diese Tat begangen haben sollten, die in diesem Falle nicht nur barbarisch, sondern völlig widersinnig gewesen wäre, da sie der Regierung doch nur aufs äußerste schaden konnte. Der Bericht legt die Vermutung nahe, daß Provokateure der Gegenseite am Werk waren. Hier muß die Untersuchung Klarheit bringen."

Der „Vorwärts" sucht also den Eindruck zu erwecken, als ob Kommunisten es unternommen hätten, einen Putsch gegen ihre eigenen Anhänger zu provozieren. Das ist kennzeichnend für die Geistesrichtung dieser in ihrem Haß gegen Andersdenkende blind gewordenen Vorwärtsleute.

Der Braunschweiger Volksfreund verboten

Ein Schildbürgerstreich.

Am Sonnabend nachmittag wurde von General Maercker der Braunschweigsche „Volksfreund" auf drei Tage verboten. Das Verbot wurde damit begründet, daß der Leitartikel „Auf zur Maifeier" zum Klassenhaß aufreize, und daß der Artikel „Wer hält die Freiwilligen-Korps aus?" durch die Ueberschrift die Freiwilligenkorps auf eine Stufe mit ausgehaltenen Prostituierten stelle.

Der Artikel „Auf zur Maifeier" enthielt weiter nichts als neben einem Hinweis auf die besonderen Verhältnisse, unter denen in Braunschweig die Maifeier 1919 stattfinde, die wörtliche Wiedergabe des Maifeieraufrufs des Berliner Zentralkomitees der U. S. P. D.

Der andere Artikel war samt der Ueberschrift wörtlich der „Freiheit" entnommen.

Daß die Ueberschrift: „Wer hält die Freiwilligenkorps aus", die Freiwilligenkorps auf eine Stufe mit „ausgehaltenen Prostituierten" stelle, ist eine Braunschweiger Entdeckung, auf die der Herr General Maercker sich unbedingt ein Patent erteilen lassen muß. Selbst seine so findigen Kollegen vom Korps Lüttwitz haben ein solches Maß von Phantasie bisher nicht aufzubringen vermocht.

Der Verkehr in Oberschlesien lahmgelegt.

Beuthen, 24. April.

Infolge des Streiks der oberschlesischen Elektrizitätswerke war am gestrigen Sonntag jeglicher Verkehr in Oberschlesien lahmgelegt. Ganz Oberschlesien war in tiefstes Dunkel gehüllt. Das Erscheinen der oberschlesischen Zeitungen ist wegen Strommangels in Frage gestellt.

Preiserhöhung für oberschlesische Kohle.

Die staatliche Bergwerksdirektion gibt bekannt: Gemäß Beschluß der Oberschlesischen Kohlenkonvention vom 1. April 1919 tritt eine Preissteigerung von 12 Mark pro Tonne Steinkohlen und 14 Mark pro Tonne Steinkohlenbriketts ein. Damit erhöhen sich die ab 1. Januar geltenden Preise für Steinkohlen und Steinkohlenbriketts mit Wirkung vom 1. April 1919 ab einschließlich der Kohlen- und Umsatzsteuer um 14,50 Mark bzw. 16 Mark die Tonne.

Chauvinistischer Rummel in Italien.

Die italienische Regierung ist dabei, die Kriegsleidenschaft des Volkes mit allen Mitteln neu zu beleben. Orlando hat in seiner Rede in Rom die Möglichkeit eines Krieges gegen die ganze Welt um Fiume und Dalmatien in Aussicht gestellt, und Eduard Diaz, der militärische Oberbefehlshaber, behauptete, daß das Heer bereit sei, „von neuem seine ganze Pflicht zu tun". Das Parlament ist zum 29. April einberufen worden, die bürgerlichen Parteien wollen in einem Antrag die Kriegsziele Italiens formulieren. Die Sozialisten haben sich von dieser Aktion ausgeschlossen. Sie sind vorläufig die einzigen, die gegen die Wahnsinnspolitik der italienischen Regierung auftreten.

Der deutsche Staatsstreich in Kurland.

Durch Wolffs Bureau wird folgende halbamtliche Meldung verbreitet:

Von lettischer Seite wird behauptet, daß an dem Sturz der provisorischen lettischen Regierung auch deutsche Truppen beteiligt gewesen seien, und daß die deutschen Behörden den Ereignissen in Libau nicht fern ständen.

Demgegenüber wird von maßgebender Seite festgestellt, daß weder deutsche Truppen noch deutsche Zivil- oder Militärbehörden an dem Sturz der lettischen Regierung direkt oder indirekt beteiligt sind. Dieser ist vielmehr durch die aus lettischen, russischen und deutschbaltischen Truppenteilen zusammengesetzte baltische Landeswehr ausgeführt worden, weil diese sich in ihrem Kampfe gegen die Sowjettruppen durch die Mißwirtschaft der lettischen Regierung und die bolschewistische Gesinnung einiger Minister bedroht fühlte.

Aus diesem Grund sieht auch die deutsche Regierung die Vorgänge in Libau als eine innerpolitische lettische Angelegenheit an, in die sich einzumischen sie nur dann berechtigt wäre, wenn die öffentliche Sicherheit gefährdet würde. Dieser Fall ist bisher nicht eingetreten.

Diese offiziöse Mitteilung bedeutet eine bewußte Irreführung der deutschen öffentlichen Meinung. Sie wiederholt kritiklos alle Lügen, die von deutsch-baltischer Seite über den Staatsstreich verbreitet worden sind. Wie der Umsturz vor sich gegangen ist, geht aus nachstehender Erklärung sämtlicher lettischen Parteien (mit Ausnahme der konservativen), die die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung vertreten, hervor:

Endesunterzeichnete lettische politische Parteien erklären, indem sie Stellung zur Aufhebung der staatlichen Ordnung Lettlands durch Putsch der Lettländischen zeitweiligen Regierung durch die Landeswehr und deutsches Militär nehmen, folgendes:

1. Die Lettischen Truppen haben sich am Sturz der Regierung nicht beteiligt und erfüllen ihre Pflicht an der Front.

2. Der Staatsstreich ist ausschließlich von der vom deutsch-baltischen Adel organisierten Landeswehr und ihm auf Veranlassung von Angehörigen des Adels angeschlossenen deutschen Truppenteilen ausgeführt. Die Leitung liegt in den Händen des ehemaligen livländischen Landmarschalls von Stryk, des Führers der Stoßtruppe der Landeswehr Baron Manteuffel, von Brümmer, von Hahn und anderer.

3. Der Staatsstreich ist im Widerspruch zu den Erklärungen des „Sicherheitsausschusses" durchweg eine Art Verschwörung, an der keine einzige lettische politische Partei oder Bevölkerungsgruppe teilnimmt.

4. Der Zweck der Umwälzung ist die Macht des dem lettischen Volke und Lettländischen Staate feindlichen deutschen Minorität — nämlich des deutsch-baltischen Adels — wiederherzustellen und zu stärken — im offenen Gegensatz zum Geiste des neuen Deutschland und dem Grundsatze des Selbstbestimmungrechts der Völker.

5. Der „Sicherheitsausschuß" zieht in seinem Verkehr den Namen der Entente hinein. Wir sind überzeugt, daß die Entente mit dem „Sicherheitsausschuß" nichts Gemeinsames hat und die Verschwörung sowohl gegen die Entente, wie gegen Lettland sich richtet.

6. Wir protestieren gegen die Unterstützung der Verschwörung durch die deutsche Okkupationsmacht in der Person des Grafen von der Goltz und fragen, ob die Deutsche Regierung und die Nationalversammlung ein Verhalten billigt, das in die inneren Angelegenheiten Lettlands sich einmischt.

7. Wir trauen nicht im geringsten dem angeblichen Demokratismus des „Sicherheitsausschusses"; erblicken hierin dagegen die Ausführung des Programms des reaktionären Adels.

8. Wir erklären: es kann davon keine Rede sein, daß die lettischen politischen Parteien ihre Vertreter in ein Kabinett senden, welches irgendein anonymer „Sicherheitsausschuß" bilden will. Eine aufgedrungene Regierung, wenn solche sich bilden und von Deutschland anerkannt werden sollte, wird von Lettlands Bürgern nicht anerkannt werden.

9. Wir bestehen darauf, daß über die staatliche Ordnung Lettlands einzig und allein die auf demokratischen Grundlagen gewählte Nationalversammlung Lettlands entscheiden kann und bis zu ihrem Zusammentritt die Verwaltung des Landes die auf freier Einigung von den Vertretern der Majorität der Landesbevölkerung gebildete Lettländische zeitweilige Regierung leitet.

Soz[ialdemo]kratische Partei Lettlands.
Lettischer Bauernbund.
Lettische Demokratische Partei.
Lettische Radikal-Demokratische Pa[rtei].
Lettische National-Demokratische Par[tei].
Lettische Republikanische Partei.
Partei der Unabhängigkeit Lettlands.

Die in der Erklärung der lettischen Parteien angeführten Tatsachen sind derartig gravierend, daß sie durch keine amtliche Schönfärberei aus der Welt geschafft werden können. In Ergänzung dazu könnte noch darauf hingewiesen werden, daß auf Befehl des Generals von der Goltz am Tage des Staatsstreichs 400 lettische Soldaten und 10 Offiziere im Libauer Kriegshafen entwaffnet wurden. Daß die tatsächliche Gewalt dann an dem deutschen Gouverneur von der Goltz überging, geht aus seiner Bekanntmachung in der „Libauschen Zeitung" vom 19. April hervor. In dieser Bekanntmachung heißt es, nach heftigen Angriffen gegen die gestürzte lettische Regierung:

„Da die Okkupationsmacht auf dem Prinzip der Pressefreiheit steht, wurde zwar zunächst allen Zeitungen das Erscheinen gestattet, aber es erschien im ersten Augenblick nötig, durch eine Vorzensur dafür Sorge zu tragen, daß die Hetzereien der letzten Wochen wenigstens nicht in diesen unruhigen Tagen fortgesetzt werden konnten, in denen alle Dinge im Fluß sind und eine neue Regierung unter Mitwirkung aller Parteien sich noch nicht gebildet hat."

Die deutsche Okkupationsmacht gesteht also durch diese Bekanntmachung ihre direkte Einmischung in den Umsturz ein, der jetzt als eine rein innere Angelegenheit der lettländischen Bevölkerung dargestellt wird. Weiter heißt es in der Bekanntmachung:

„Die deutsche Okkupationsmacht erklärt vom heutigen Tage an von sich aus die absolute Pressefreiheit, indem sie selbstverständlich einer späteren Regelung durch eine neugeschaffene Regierung nicht vorgreift."

Diese „vorsichtige" Handhabung der gnädigst bewilligten Pressefreiheit legt für die staatsmännische Voraussicht des Generals von der Goltz ein glänzendes Zeugnis ab. So wird bereits berichtet, daß die lettische sozialdemokratische Zeitung kurz nach ihrem Erscheinen verboten worden ist. Die neugebildete lettländische Regierung ist nichts weiter als eine Kulisse, die die reaktionären Machenschaften der deutsch-baltischen Barone und der sie stützenden deutschen „Okkupationsmacht" verbergen soll. Ueber die Zusammensetzung dieser Regierung wird uns von einem lettischen Genossen geschrieben:

Die „neuen Männer" für die zweite Regierung Lettlands sind nach langem Suchen gefunden worden. Das Kabinett besteht aus zwei lettischen erzreaktionären Pastoren — Needra und Kuptsche, zwei Adligen — Brümmer und Sokolowsky und einigen konservativen, zarentreuen Beamten und Lehrern lettischer und deutscher Herkunft. Das sind also die Männer, die auf „demokratischer Grundlage" regieren werden! Diese Zusammensetzung des Kabinetts ist aber nicht endgültig. In ihm sind noch viele Strohmänner, die später von vollblütigen von Strycks und Manteuffels ersetzt werden sollen. Nachdem alle lettischen politischen Parteien (inkl. der sozialdemokratischen) erklärt hatten, daß sie ihre Vertreter in ein Kabinett, welches irgendein anonymer „Sicherheitsausschuß" bilden will, nicht senden werden und eine aufgedrungene Regierung, wenn solche sich bilden und von Deutschland anerkannt werden sollte, von Lettlands Bürgern nicht anerkannt werden würde, brach auch der Delegierte der lettischen Fronttruppen Oberst Ballod die Verhandlungen ab. Wer steht nun hinter dem neuen Kabinett? Einzig und allein die sechsprozentige deutsche Oberschicht (wenn wirklich alle baltisch-deutschen Gruppen den Staatsstreich anerkennen sollten) und die winzige lettische Gruppe der Herren Kraskaln und Weinberg, denen sich einige lettische Pfarrer angeschlossen haben. Da die lettischen Truppen offensichtlich zur alten Regierung halten, so wird man sie entwaffnen müssen (in Libau ist das schon geschehen). Also eine lettländische Regierung, die sich auf baltisch-deutsche und reichsdeutsche Bajonette stützt! Dabei hat die „sozialistische" deutsche Reichsregierung dem Sturze der demokratischen Regierung Lettlands schweigend zugeschaut, wenn ihn nicht gar unterstützt. Es kommt aber noch Schlimmeres hinzu. Es soll nun das Hinschlachten der oppositionellen lettischen Bevölkerung, die die revolutionäre Regierung nicht anerkennen will, legalisiert und auf „breiter Grundlage" durchgeführt werden; denn, wie ein Telegramm des „Lokal-Anzeigers" meldet, sieht das neue Kabinett zunächst darin seine Hauptaufgabe, „nicht nur den Bolschewismus an der Front, sondern auch im eigenen Lande zu bekämpfen." Das bedeutet offenen Kampf gegen jede oppositionelle und sozialistische Bewegung schlechthin. Jetzt hat die baltische Landeswehr freie Hand. Wie eben aus Libau eingelaufene Privattelegramme melden, hat die neue Regierung schon Hand angelegt an unsere Genossen aus der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Was will die „sozialistische" Regierung Deutschlands unternehmen, um der gewaltsamen Unterdrückung der demokratischen und sozialistischen lettischen Opposition durch die neue Regierung Einhalt zu gebieten?"

Soweit die Zuschrift unseres lettischen Genossen, deren vollkommene Zuverlässigkeit außer jedem Zweifel steht. Seine Anfrage an die deutsche Regierung erfordert sofortige klare Beantwortung, da die Konsequenzen des deutschen Staatsstreichs in Lettland für die innere wie für die äußere Politik Deutschlands von größter Bedeutung sind. Noske schreitet jetzt in Libau die Front ab und wird sicherlich nicht verfehlen, seine „bewährten" Kampfmethoden auch dort zur Anwendung zu bringen. Man kann sich auch auf ein Bombardement von tendenziösen Nachrichten aus den von Noske und Winnig protegierten Kreisen der deutsch-baltischen Junker gefaßt machen, die mit den bekannten Mitteln der Irreführung der Oeffentlichkeit den Staatsstreich in Lettland verteidigen werden. Wir warnen die Oeffentlichkeit vor diesen zu erwartenden Manövern.

Wir warnen auch die Reichsregierung, diesem verwerflichen Treiben noch länger untätig zuzuschauen. Es steht mehr auf dem Spiel, als sie selbst ahnt.

Das Erwachen der Studentenschaft.

Die Universitäten sind der Hort der Militaristen. Die Studentenfreiwilligen sollen nach dem Wort Gröners wie „Korsettstangen" die Truppen zusammenhalten. Aber auch an Deutschlands hohen Schulen beginnt es zu tagen. In Jena fand in den Ostertagen die erste Konferenz der sozialistischen Studenten- und Akademikergruppen Deutschlands und Deutsch-Oesterreichs statt, bei der fast alle Universitäten und Hochschulen Deutschlands vertreten waren. Diese sozialistischen Gruppen haben sich nach der Revolution gebildet und trotz aller Anfeindungen recht erfreulich entwickelt. Sie sind die treibende Kraft bei den Bestrebungen zur Hochschulreform, die in Berlin, München und auch in anderen Orten ihre ersten Erfolge erzielten.

Allerdings brachten die Berichte der einzelnen Gruppen ein reiches Material für den reaktionärn Geist an den Universitäten, das Versagen der „sozialistischen" Regierungen der Freistaaten und die mittelalterliche Gesinnung der Universitätsbehörden, die sich in München während der Revolution grotesk offenbarte. Die Organisation der sozialistischen Studenten in zumeist intersozialistischen Gruppen, die Angehörige aller drei Richtungen aufnehmen, weisen natürlich große Verschiedenheiten auf, so daß ein festerer Zusammenschluß diesmal noch nicht erzielt wurde. Die Gründung eines überparteilichen Korrespondenzbureaus, das ein regelmäßiges Nachrichtenblatt herausgeben wird, ist aber ein bedeutender Schritt vorwärts. Alle Gruppen schlossen sich diesem Bureau an, nur der Vertreter der Berliner Kommunisten erklärte am Schluß der Konferenz plötzlich, daß er sich ausschließe, obgleich er vorher für das Bureau gestimmt hatte, dem sich auch seine Münchener Fraktionsgenossen anschlossen.

Charakteristisch für die Einheit trotz aller örtlichen Unterschiede und Abweichungen in der politischen Auffassung ist die Annahme einer Resolution, die dem preußischen Kultusminister Haenisch wegen seiner Amtsführung schärfstes Mißtrauen ausspricht und die Taten des Ministers mit den Worten seines Begrüßungstelegramms nicht in Einklang bringen kann. Mit jenem Lassalle-Zitat nämlich, daß die Wissenschaft sich mit der Arbeiterbewegung vereinigen müsse.

In einem Aufruf „An Alle" erklären die Studenten ausdrücklich, daß sie allen anerzogenen Dünkel ablegen und sich in Reih und Glied der proletarischen Bewegung stellen wollen. Sie begrüßen alle revolutionären Akademiker und hoffen, vereint mit ihnen auf einem internationalen sozialistischen Studententag die Grundlagen zum planmäßigen Zusammenwirken festlegen zu können. In der Herbeiführung internationaler Beziehungen wird eine Hauptaufgabe des errichteten Korrespondenzbureaus, die „Brücke" liegen.

Der Kampf um die Hochschulreform gegen die verzopfte Universitätsbureaukratie mit ihren Ausnahmegesetzen sogenannt akademischer Freiheit" wird allerdings noch sehr viel Anstrengungen erfordern. Die Beratungen über das Hochschulprogramm im Plenum und in der Kommission bewiesen, daß anschließendes auf der ersten Konferenz nicht geleistet werden konnte. Das angenommene Mindestprogramm soll den Regierungen sofort vorgelegt werden. Es wendet sich gegen die krassen Mißstände und fordert vor allem Beseitigung des alten Disziplinarwesens und anderer überholter Ausnahmebestimmungen, hat aber trotzdem wenig Aussicht, von den Kultusministerien verwirklicht zu werden. Eine wirkliche Hochschulreform ist erst mit dem Siege des sozialistischen Proletariats zu erwarten. Eine solche Reform muß dem Arbeiter die Universität öffnen. Vorarbeiten dazu können schon jetzt geleistet werden in den Studentenparlamenten, im Kampf um Neuorganisation der Fakultäten usw. Erziehung zur sozialistischen Erkenntnis, Hochschulpolitik genügen aber nicht, das Zusammenwirken mit der Arbeiterklasse, vor allem der studentischen mit der Arbeiterjugend, muß die theoretische Arbeit praktisch ergänzen. Das wurde immer wieder auf dem Kongreß betont, obgleich die Möglichkeit zu dieser Praxis auf kleinen Universitäten kaum vorhanden ist.

In seinem ausgezeichneten Referat über die Bedeutung des Sozialismus für die Studentenschaft sagte Genosse Engelbert Graf: Der Student muß durch theoretische Erkenntnis zum Sozialismus kommen, weil er nicht durch die Massenlage zum Sozialismus gedrängt wird. Er kann die Erkenntnis praktisch verwerten in der Mitarbeit an der sozialen Bewegung. Die Organisation der sozialistischen Studenten ist notwendig, um die Schwäche der zersplitterten einzelnen Gruppen auszugleichen, um die sozialistische studentische Jugend im Kampf gegen die Reaktion und im Streben nach Verbreitung sozialistischer Erkenntnis zu unterstützen.

Die erste Tagung der sozialistischen Studenten zeigte die Jugend der Bestrebungen und hatte die Mängel dieses Stadiums. Sie bewies aber, daß es sich hier nicht um ein Treibhausgewächs handelt, sondern um eine urwüchsig entstandene sozialistische Bewegung. Die Erfolge unserer deutsch-österreichischen Genossen, deren Delegierte aus Wien günstig berichten konnten, wo 800 Studenten sich zum Sozialismus bekennen, der Bericht der Münchener Genossen über ihre „Hochschulrevolution" werden das Vertrauen der kleineren Gruppen stärken. Das neue Korrespondenzbureau als Vorläufer einer festeren Organisation wird den Kampf einheitlich gestalten und den Beweis bringen, daß bei den Studenten ein Zusammenwirken aller drei Richtungen möglich und ersprießlich ist, weil sich hier die Genossen ohne kompromittierte Führer geeinigt haben. Dieses Beispiel der Studenten wird hoffentlich bei den „Massen" Beachtung finden. Die Studentenbewegung muß auf tatkräftige Hilfe der Arbeiterschaft rechnen, denn nur im Bunde mit ihr kann sie ihre Sonderziele erreichen und dem Sozialismus dienen.

Der Vorwärts unterschlägt weiter.

Bis heute hat der „Vorwärts" seinen Lesern die Tatsache immer noch nicht mitgeteilt, daß von Industriellen viele Tausende von Mark zur Unterhaltung der weißen Garden aufgewendet worden sind.

Jetzt leistet sich das rechtssozialistische Zentralorgan eine neue Unterschlagung. Durch das Wolffsche Bureau war am Sonntag ein amtlicher Bericht des Staatskommissars für Oberschlesien, des Rechtssozialisten Hörsing, verbreitet worden, in dem ausdrücklich festgestellt wurde, daß die Grenzschutztruppen in Oberschlesien durch die Werkleitungen besondere Bezahlung erhalten. Herr Hörsing mußte den Vertretern der Gleiwitzer Gewerkschaften zugestehen, daß diese besondere Bezahlung aufhören sollte. Diese Stelle in dem amtlichen Bericht unterschlägt der „Vorwärts"!

Die Wupper.

Aufführung für die Gesellschaft: „Das junge Deutschland" im „Deutschen Theater".

Als am Sonntag Mittag „Die Wupper", das in Buchform seit Jahren vorliegende, von allen Bühnen bisher übergangene fünfaktige Schauspiel der Else Lasker-Schüler vor den erstaunten Blicken der Zuschauer im „Deutschen Theater" vorübergeglitten war, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Klatschenden, Zischenden und Pfeifenden. Als die Dichterin, die auch schon nach dem dritten Akt gerufen worden war, für den Beifall dankte, sagte eine Dame vor mir: „Das ist die Bolschewisierung der Bühne". Und danach ein erboster Herr: „Totschlagen müßte man diese ganze Gesellschaft". Er schien damit die dramatische Gesellschaft „Das junge Deutschland" zu meinen, die ein revolutionierendes Stück vor ihren ganz und gar nicht revolutionierten Bürgermitgliedern aufführen ließ. Die waren in ihrer Mehrheit baß verwundert und schwankten zwischen Zustimmung und Ablehnung. Aber auch die Leute „vom Fach", Literaten, Künstler und sonstige professionelle Theaterpremierenbesucher zeigten sich in ihrem Urteil verlegen. Denn die Aufführung hatte ein neuartiges Gesicht.

*

Muß denn überhaupt „geurteilt" werden, wenn es um künstlerische Eindrücke geht? Wahrscheinlich kamen diejenigen der Dichtung am nächsten, die nicht gleich begrifflich an „Expressionismus" dachten, sondern unter seiner szenischen Auswirkung ganz unbefangen die Phantasie schweifen ließen. Die expressionistischen Dekorationen von Ernst Stern, die die „Handlung" umrahmende Stimmungsmusik von Friedrich Holländer, die ganze Inszenierung des Spielleiters Heinz Herald lassen aus dem sozialen Industriemilieu der armen und reichen Färbersleute an der Wupper mondscheinhafte Phantasmagorien aufsteigen. Auf dem Hintergrunde der Gegensätze von Kapital und Arbeit erleben wir das Grauen und sind doch auch zugleich im Kinderland der Kunst, in dem es von tausend schönen und häßlichen Gestalten geistert. Das Ganze ein Spuk und eine ewige Traumwahrheit, aus der sich noch keine verstandesmäßige Tendenz reckt. Darum war es der Dichtung sinngemäß, auch ihre naturalistischen Elemente möglichst ins Visionäre versinken zu lassen, so daß alles mehr aufs Schauen als aufs Hören eingestellt war. Vieles bekam dadurch nicht nur in Anbetracht der das Auge bannenden neuartig schönen Bühnenbilder einen musikalisch-pantomimischen Charakter. Aber Wunder und Schmerzen des Alters wie der Jugend, die giftigen und lockenden Farben zerwühlenden Erlebens leuchten daraus. Der Jahrmarkt, das Karussel des Lebens mit dem Krampf und Rausch der Geduckten, dem Haß und der Qual der Erniedrigten, dann Jammerdirnen, Freudenmädchen, Riesendamen, Nachtgespenster wirbeln auf und zerflattern in wüsten Bildern, von denen sicher hie und da ein Fetzen auch bei den sich innerlich Sträubenden hängen bleibt.

*

Else Lasker-Schüler, deren ekstatische biblisch-erotische Lyrik ihre „Wunder" schuf, ist gewiß keine vorbildliche Meisterin der dramatischen Form. Der Inhalt verflüchtigt sich ihr oder stockt auch bisweilen gar zu sehr. Auch mischen sich hin und wieder störende und stilwidrige Elemente hinein. Aber dieses Schauspiel wurde geschrieben schon lange bevor es einen sogenannten expressionistischen Stil gab, der als nur seelischer Ausdruck auf jegliche Wirklichkeitswiedergabe verzichtet; von ihr enthielt die nicht durchweg unnaturalistische „Wupper" ursprünglich weit mehr, als in der neustilisierten Wiedergabe zu erkennen war. (In August Stramms und Oskar Kokoschkas jüngsten Dramen ist es anders.) Frau Prasch-Grevenberg mild im weißen Haar sowie Johannes Riemann, Hermann Thiemig und Margarete Christians waren die charakteristischen Vertreter der bürgerlichen Welt, während Paul Günther, Wilhelm Völker und Friedrich Kühne als die Herumtreiber in sehr einprägsamer Bildhaftigkeit die Dämonie der Landstraße und des Luderlebens betonten. Zwischen diesen Zonen taumelten echt und doch spukhaft der lüstern lallende Großvater des Herrn Paul Graetz und die kupplerische Großmutter der Frau Paula Eberty. In einer Mischung von Weichheit und proletarischem Trotz hielt Josef Ewald die richtige Linie inne mit einem Arbeiter-Quintussiften, der um seine Liebe betrogen wird. Halbflügge, wurmstichige Jugend umgab Margarete Schlegel in aller eckigen Herbheit mit einem rührenden Schimmer.

*

Wenn diese Vorstellung in den Abendspielplan des „Deutschen Theaters" übergeht, wird es sich zeigen, ob das Stück sein Lebensrecht auf der Bühne vor dem alltäglichen Publikum durchzusetzen vermag. Man soll aber, wie in Wedekinds „Büchse der Pandora", nicht Sensationen darin wittern. Es sind Dichtungen und keine perversen Vergnügungen für unterhaltungsbedürftige spießbürgerliche Theaterbesucher.

Erich Baron

Kulturschmach.

Der bekannte Bildhauer Professor Walter Schott veröffentlich in der „Täglichen Rundschau" (Nr. 87 vom 20. April) Tagebuchblätter aus der Revolution. Er erzählt, wie er Soldaten gefragt habe, ob sie sich nicht schämten, anstelle der schwarzweißroten Kokarde den „ollen roten Pickel" an der Mütze zu tragen; mit dieser blöden Maskerade machten sich nur feige Deserteure lächerlich. Die Kunst und die Gesinnung der Siegesallee ist, wie man sieht, wieder wohlauf. Sie tummelt sich in den Spalten der nationalen Blätter. So beklagt sich in derselben Nummer der „Täglichen Rundschau" ein Patriot darüber, daß deutsches Heeresgerät ungepflegt auf den Bahndämmen bis zum Verderben: die Deichseln recken sich in die kühle Nachtluft zum Himmel wie die starren Finger vieler Totenhände. Denkmal sei jedem, der es gesehen, ein fürchterliches Denkmal von unserer Zeiten Not und Schmach!

Alle diese „Vaterjohten" blieben kühl und ruhig, als Menschen in den Schützengräben ungepflegt verdorben und Tausende starrer Finger wirklicher Totenhände sich anklagend gen Himmel reckten. Krieg und Kriegsmaterial war und ist ihnen wichtiger als Geist und Körper der Menschen!

Die nächste Erstaufführung der Volksbühne am Bülowplatz wird „Der Umzug", Komödie in drei Akten von Bauer-Greef sein. Das Stück ist bisher noch nicht gespielt.

Gegen die „Los-von-Berlin!"-Bewegung fand am Sonntag auf Veranlassung der Humboldt-Hochschule eine Kundgebung im Festsaale des Stadthauses statt. Als Redner sprachen Professor Dr. Flatau über Berlin als Weltstadt, Dr. Lederer über Berlin in Kunst und Gesellschaft, Dr. Landau über Berlin als Fremdenstadt und Dozent Julius Bab über Berlin in der Dichtung.

Für das Württembergische Landestheater in Stuttgart hat die Stadt einen jährlichen Beitrag von 300 000 Mark (früher 100 000 Mark) bewilligt.

Ueber elektrische Nachrichtenmittel und ihre neuesten Fortschritte (Lautverstärkung durch Cathodenröhren, Röhrensender, Lichttelephonie, drahtlose Telegraphie, Bildtelegraphie usw.) wird Physiker Baud im Institut für Meereskunde vier gemeinverständliche Experimentalvorlesungen. Beginn: Dienstag, 29. April, 8 Uhr. Programm durch die Bureaus der Humboldt-Hochschule.

Dr. Gustav Buchy wird am 30. April, abends 8 Uhr, im Festsaal Georgenstraße 30 einen Lichtbildervortrag über „Röntgenstrahlen und ihre Anwendung" halten.

Von nun genug damit. Am Sonntag hatte der nationalistische Reichsverband Ostschutz eine Kundgebung veranstaltet, in der das deutsche Volk von dem Rechtssozialisten Heine und dem Zentrumsführer Dr. Pfeiffer in geradezu skandalöser Weise zur Revanche aufgerufen wurde, wenn die Entente Deutschland einen Gewaltfrieden aufzwingen wolle. Der „Vorwärts" unterschlägt, von wem die Veranstaltung ausging, der „Vorwärts" unterschlägt auch die Stellen in den Reden, die eine Neubelebung der Kriegshetze enthalten.

Es genügt, wenn wir diese Art der Berichterstattung des „Vorwärts" der Oeffentlichkeit unterbreiten. Zu bedauern sind nur die Arbeiter, die von diesem Blatte noch immer die Vertretung ihrer Interessen erwarten.

Die Verhaftungsmanie.

In der Sitzung der Nationalversammlung vom 16. März erklärte der Abgeordnete Hoch, daß der vom Edenhotel erlassene Befehl, nach dem Anhänger des Spartakusbundes lediglich ihrer Parteizugehörigkeit halber verhaftet werden können, für ungültig erklärt werde.

Auf diesen Vorstoß des Abg. Hoch hat die Regierung überhaupt nicht geantwortet und damit wohl das Klügste getan, was sie von ihrem Standpunkte aus tun konnte, wenn man bedenkt, daß ihr Tun und Lassen in diesem Falle von der Militär-Kamarilla vorgeschrieben wird. Diese Massenverhaftungen sind um so skandalöser, als sie später selbst von der zuständigen Militärgerichtsstelle als durchaus ungesetzlich bezeichnet wurden. Nur daß man aus dieser Erkenntnis nicht die allein richtige Schlußfolgerung zog, die zu Unrecht Verhafteten zu entlassen; sondern nunmehr neue „gesetzliche" Haftbefehle gegen sie erließ. Ueber dieses Kapitel wird später insbesondere bei den Entschädigungsansprüchen noch recht viel zu sagen sein. Hier möchten wir nur die Inkonsequenz besonders kennzeichnen, die darin liegt, die kommunistische Partei auch unter dem Belagerungszustand als gesetzliche Partei zu dulden, trotz ihres nach Meinung der Militärgewaltigen zu „Gewalttätigkeiten aufreizenden Charakters", dagegen Mitglieder derselben festzusetzen, die ihre durchaus gesetzliche politische Betätigung nachweisen können.

Sehen wir aber ab von den in „Schutzhaft" genommenen, so bleiben noch unendlich viele andere Fälle übrig, von deren Existenz möglicherweise keine Gerichtsstelle Kenntnis hat! So befindet sich seit dem 4. März in Plötzensee ein Mann in Haft, der als Bahnarbeiter auf dem Moabiter Bahnhof beschäftigt war und in dieser Eigenschaft das in einem Zuge auf dem Bahnhof Putlitzstraße einfahrende Publikum ersuchte, wieder nach Beusselstraße zurück zu fahren, weil es hier auf Bahnhof Putlitzstraße an abfertigenden Beamten fehle. Nach dieser Aufforderung stieg ein Offizierstellvertreter aus dem Zuge, verhaftete den Mann und brachte ihn nach dem nächsten Polizeirevier. Von dort schaffte man ihn nach dem Gefängnis Lehrter Str. und dann nach Plötzensee. Hier sitzt der Mann nun seit 6 Wochen und alle Bemühungen einem Richter vorgeführt zu werden sind bisher gescheitert, außer ein auf dem Polizeirevier aufgenommenes Protokoll existiert keinerlei Aktenstück von ihm.

Ein anderer hier in Berlin völlig fremder Mann ist mit seinem Truppenteil von Westfalen hierhergeschafft und bei den Unruhen im März von seinen Vorgesetzten aufgefordert worden, gegen die „Spartakisten" zu kämpfen. Er lehnte dieses Ansinnen ab und wurde darauf mit dem Bemerken „spartakistischer Gesinnung" verdächtig zu sein, verhaftet. Dieser Mann sitzt seit dem 5. März in Haft, auch mit ihm hat nur eine kurze Protokoll-Aufnahme stattgefunden.

Ein Dritter ist aus einer Dresdener Nervenheilanstalt ungeheilt entlassen. Er bekam hier am Tage seiner Ankunft auf dem Alexanderplatz einen seiner Anfälle, wurde nach dem Polizei-Präsidium gebracht dort am nächsten Tage entlassen und geriet auf dem Wege nach seiner Wohnung in ein Gedränge am Rosenthaler Tor, wurde dort mit mehreren anderen verhaftet und bis jetzt festgehalten. Natürlich haben sich durch diese seelischen Erregungen seine Anfälle nicht vermindert. Der Arzt, dem er vorgeführt wurde, ordnete seine Ueberführung in gemeinsame Haft an und trotz dieser ärztlichen Verordnung blieb der Mann noch eine ganze Woche in Einzelhaft seinen Anfällen sich selbst überlassen, wobei er sich dann Kopf und Hände zerschlug. Andererseits ist es für seine Mitgefangenen nicht eben angenehm, ständige Zeugen seiner Anfälle zu sein. Er so wenig wie die anderen Leute, sind bisher einem Richter vorgeführt worden. Diese drei sind nun nicht etwa besondere Ausnahmen; sondern ähnlich verhält es sich in einem Dutzend anderer Fälle.

Angesichts solcher bodenlosen Willkür ist es einfach Gewissenspflicht die Oeffentlichkeit hiergegen aufzurufen und vor allem die Regierung zu mahnen, endlich ihr Versprechen in allen Fällen eine Untersuchung einzuleiten, einzulösen.

Belagerungszustand in Krähwinkel.

Die Regierung hat jetzt den Belagerungszustand auch über — — Salzwedel verhängen lassen. In diesem friedlichen Städtchen der Altmark herrschte während der ganzen Revolution wahre Grabesruhe. Der A.- und S.-Rat hat sich lediglich verschiedene Male herausgenommen, dem Landrat und seinem reaktionären Anhang etwas auf die Finger zu gucken. Gegen den A.- und S.-Rat wurde deshalb von reaktionären Kreisen eine dauernde Hetze veranstaltet. Als der Soldatenrat der Garnison sich schließlich noch zur U. S. P. D. bekannte, weil er mit den Maßnahmen der Regierung nicht mehr einverstanden war, war das Maß voll. Die 1. Garde-Landes-Schützen-Abteilung rückte 1500 Mann stark in Salzwedel ein, verhaftete den Obmann des Soldatenrates, Dickmann, und führte ihn gefesselt nach Magdeburg ab, wobei es ohne die üblichen Mißhandlungen nicht abging.

In der bürgerlichen Presse wird die Sache so dargestellt, als sei der Belagerungszustand wegen bevorstehender Unruhen in dem dortigen Gefangenenlager der Ukrainer verhängt worden. Das entspricht nicht den Tatsachen. Der Kommandeur des betreffenden Truppenteils, ein Herr Rittmeister von Neufville, begründete die Verhängung des Belagerungszustandes damit, daß diese Maßnahme erforderlich geworden sei, „weil eine Minderheit ungesetzliche Rechte angewendet und die Allgemeinheit vergewaltigt" habe. Er sei deshalb beauftragt, „die rechtmäßigen Zustände wieder herzustellen".

Von einer Vergewaltigung der Allgemeinheit kann aber absolut keine Rede sein. Der A.- und S.-Rat stand bis vor wenigen Wochen auf rechtssozialistischem Boden und hat sich keinerlei Rechte angemaßt, vielmehr nur das getan, wozu er rechtmäßig befugt war: Er hat die Behörden kontrolliert, um die Allgemeinheit vor der junkerlichen Mißwirtschaft zu schützen.

Die Amtsentsetzung einiger Mitglieder des A.- und S.-Rates zur U. S. P. D. genügte der Regierung vollauf, dem Drängen der Junker nachzugeben und durch die Verhängung des Belagerungszustandes Salzwedel vor dem sicheren Untergang zu retten. Die Verhängung des Belagerungszustandes artet immer mehr zu einer Eselei aus.

Die künftigen Aufgaben der Gewerkschaften.

Am Freitag tagte in Berlin eine Vorstände-Konferenz der Freien Gewerkschaften, in der Th. Leipart namens einer im Februar eingesetzten Verfassungskommission „Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften" entwickelte, die zeigen, daß in den Gewerkschaften sich eine Wandlung anzubahnen beginnt, über die noch weiteres zu sagen sein wird.

Die Richtlinien erblicken im Sozialismus die höhere Wirtschaftsform und bekunden die Bereitwilligkeit der Gewerkschaften, alle auf die Sozialisierung gerichteten Maßnahmen zu unterstützen. Die von den Gewerkschaften erstrebte Betriebsdemokratie und Umwandlung der Einzelarbeitsverträge in Kollektivverträge werden als wichtige Vorarbeiten für die Sozialisierung erachtet. Die Gewerkschaften sind auch in der Gemeinwirtschaft unentbehrlich und selbst, wenn Arbeitseinstellungen infolge des sozialen Arbeitsrechts und der demokratischen Mitverwaltung der Arbeitnehmer eingeschränkt werden können und im Interesse der sozialistischen Volkswirtschaft nach Möglichkeit verhütet werden müssen, kann auf das Streikrecht nicht verzichtet werden. Der Redner nahm scharf Stellung gegen den „Vorwärts", der wiederholt verlangt habe, daß Streiks in Zukunft unmöglich gemacht werden sollten.

Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter müsse bei der gesamten Produktion verwirklicht werden. Die Richtlinien verlangen innerhalb der Betriebe freigewählte Arbeitervertretungen (Betriebsräte) zur Durchführung der Betriebsdemokratie im Einvernehmen mit den Gewerkschaften, ferner für die Gemeindebezirke und Wirtschaftsgebiete aus Urwahlen hervorgehende Arbeiterräte mit beruflicher Gliederung, denen neben den gesetzlich zugewiesenen Pflichten und Rechten auch die sozialen und kommunalpolitischen Aufgaben der Gewerkschaftskartelle übertragen werden sollen, und schließlich für größere Bezirke und für das Reich Arbeitervertretungen auf Grund von Urwahlen (Kammern). Die letzteren sollen gemeinsam mit entsprechend zusammengesetzten Vertretungen der Betriebsleiter sozial- und wirtschaftspolitische Angelegenheiten als Selbstverwaltungsorgane der Volkswirtschaft — Wirtschaftskammern — behandeln, Gesetzentwürfe ausarbeiten und begutachten sowie Vorschriften für die Organisation der Betriebe und Wirtschaftszweige zu deren Sozialisierung ausarbeiten und auf deren Durchführung hinwirken.

Die Durchführung der in den Richtlinien aufgestellten Forderungen sei Aufgabe der gewerkschaftlichen Zentralorganisationen in den einzelnen Berufen und Industriezweigen, die sich zu einer Gesamtvertretung der Arbeit im „Deutschen Gewerkschaftsbund" vereinigen. Die Gewerkschaften können nicht selbst die Träger der Produktion sein. Ihnen fällt die Aufgabe der Arbeiterpolitik zu. Sie sollen grundsätzliche und praktische Richtlinien für die Arbeitervertreter aufstellen und die Verbindung der letzteren untereinander fördern. Sie müssen weiterhin für die Verbreitung der Kenntnis aller volkswirtschaftlichen Fragen und Produktionsbedingungen, der Technik und Betriebsverwaltung in der Arbeiterschaft sorgen und damit die Kräfte auslösen, die für die Durchführung der sozialistischen Wirtschaftsweise notwendig sind.

Ferner hat der Verfassungsausschuß Bestimmungen über die Einrichtung und Aufgaben der Betriebsräte ausgearbeitet, nach denen der Betriebsrat mitzuwirken hat: a) bei Einstellungen und Entlassungen im Betriebe, b) bei Einstellung und Verwendung von Frauen und Jugendlichen zur Verrichtung von Männerarbeit, c) bei Festsetzung kürzerer Arbeitsschichten wegen Arbeitsmangels, oder von Ueberstunden-, Nacht- und Sonntagsarbeit. Der Betriebsrat hat das Recht der Mitwirkung bei jeder Lohn- oder Akkordvereinbarung mit einzelnen Arbeitern des Betriebs, bei Streitfällen im Sinne der Vermittlung, ferner bei der Regelung der Ferien für Arbeiter und Arbeiterinnen, bei Beschwerden über Beschäftigung und Behandlung der Lehrlinge und bei vorhandenen Mängeln in der Unfallverhütung und den gesundheitlichen Betriebseinrichtungen. Entlassungen wegen Lohn- und Akkordstreitigkeiten dürfen nicht erfolgen, solange nicht der Betriebsrat zur Schlichtung herangezogen wurde. Die Lohnbücher müssen dem Betriebsrat auf Verlangen vorgelegt werden. Zur Schlichtung von Streitigkeiten jeder Art im Betrieb ist zuerst der Betriebsrat anzurufen. Diese Bestimmungen sollen durch Aufnahme in die Kollektivverträge zum geltenden Recht gemacht werden.

In der anschließenden Debatte wurden zahlreiche Aenderungen an den Richtlinien sowie auch einige Einwendungen in bezug auf die Bestimmungen über die Betriebsausschüsse gemacht und sodann der Verfassungsausschuß beauftragt, beide Vorlagen einer nochmaligen Prüfung und Redaktion zu unterziehen.

Gewerkschaftliches.

Zur Lohnbewegung der Telegraphenarbeiter und -Handwerker des Reiches.

Von zuständiger Stelle war dieser Lage eine Meldung in die Presse gebracht, daß die Telegraphenarbeiter und Handwerker vor etwa 4 Monaten, also im Dezember 1918, eine 30—40 proz. Lohnerhöhung erhalten haben. Das trifft zu. Diese Lohnerhöhung wurde schon im Oktober 1918 gefordert, aber stets von der Verwaltung von Monat zu Monat mit nichtiger Begründung abgelehnt. Deswegen war die Arbeiterschaft dauernd gezwungen, von Monat zu Monat mit neuen Forderungen an die Verwaltung heranzutreten. Heute stehen die Dinge so, daß der Telegraphenarbeiter im Oberpostdirektionsbezirk Berlin einen Tagelohnsatz von 12,60 M. einschließlich der Teuerungszulage im Anfang bezieht. Im 6. Dienstjahre, wenn er verheiratet ist, mit 1 Kind 14,55 M.

In Hamburg, beim Eintritt, 12,60 M., wenn verheiratet mit 1 Kind 6. Dienstjahr 14,25 M.; in Frankfurt M. beim Eintritt 9,60 M., wenn verh. mit 1 Kind 6. Dienstjahr 13,80 M.; in Dresden beim Eintritt 8,00 M., wenn verh. mit 1 Kind 6. Dienstj. 10,83 M.; in Leipzig beim Eintritt 9,84 M., wenn verh. mit 1 Kind 6. Dienstj. 11,76 M.; in Breslau beim Eintritt 9,40 M. wenn verh. mit 1 Kind 6. Dienstj. 11,44 M.; in Coblenz beim Eintritt 7,90 M., wenn verh. mit 1 Kind 6. Dienstj. 10,24 M.; in Liegnitz beim Eintritt 8,96 M., wenn verh. mit 1 Kind 6. Dienstj. 9,98 M. Schon längst hätte die Verwaltung einsehen müssen, daß mit solchen Löhnen in einer so teuren Zeit nicht auszukommen ist. Durch weiteres Anziehen der Lebensmittel und andere Bedürfnisse des Lebens wären die Telegraphenarbeiter genötigt, weitere Forderungen zu stellen. Versuche, sich mit der Verwaltung zu einigen, scheiterten.

Die Telegraphenarbeiter sind entschlossen, an ihren Forderungen festzuhalten.

Was den Streik der Telegraphenarbeiter in Hannover betrifft, so sei dazu bemerkt: Der Streik wäre vermieden worden, wenn die Verwaltung nicht erst nach 6—8 Wochen Erwägung in herausfordernder Weise die Forderungen der Arbeiterschaft abgelehnt hätte. Die Leitung der Zentralorganisation der Telegraphenarbeiterschaft erklärt in voller Ueberlegenheit, daß sie bisher nicht an einen Streik oder Sabotage gedacht hat. Sollte aber das Reichspostministerium den Kollegen in Hannover Schwierigkeiten machen und Tagelöhne einbehalten, so wären sie gezwungen, das zu tun, was sie bisher abgelehnt haben.

Der Streik in der Landschaftsgärtnerei beendet.

Durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin sind für die Landschaftsgärtnerei folgende Löhne festgesetzt worden:

	sofort	ab 1. Juli
Für Junggehilfen (Gärtner	2,— M.	2,20 M.
„ Gärtner nach einjähriger Tätigkeit in der Landschaftsgärtnerei	2,30 „	2,50 „
„ ungelernte Arbeiter	1,80 „	1,90 „
„ angelernte Arbeiter (nach einjähriger Tätigkeit i. d. Landschaftsgärtnerei)	2,— „	2,20 „
„ Gartenfrauen	1,— „	1,10 „

Die Versammlungen der Arbeitgeber (Verband der Gartenarchitekten und Landschaftsgärtner) und der Arbeitnehmer (Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter) haben dem Schiedsspruch zugestimmt. Die Arbeit wird am Montag, den 28. April wieder aufgenommen.

Die restlose Durchführung der Bestimmungen des Schiedsspruches wird bei den nicht der Arbeitgeberorganisation angehörigen Firmen noch einige Schwierigkeiten machen. Sie werden behoben, wenn die Arbeitnehmer sich restlos ihrer Berufsorganisation, dem Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter, Bureau Berlin S. 42, Luisen-Ufer 1 anschließen. Besonders die Bauarbeiter werden bei der Kontrolle der Organisationszugehörigkeit um Unterstützung gebeten.

Lohnbewegung der Fahrstuhlführer und Portiers.

Da die Unternehmer den Fahrstuhlführern noch Wochenlöhne von 40—55 M. bei 12—16stündiger Arbeitszeit und Monatslöhne von 120—160 M. zu bieten wagen, haben die im Deutschen Transportarbeiter- und im Deutschen Portierverband organisierten Fahrstuhlführer, Portier und Hausreiniger einen Lohntarif auf Grund der gesetzmäßigen 8stündigen Arbeitszeit ausgearbeitet und sind mit den Unternehmern in Verhandlungen getreten. Sollten die Verhandlungen zu keinem befriedigenden Ergebnis führen, so wird eine demnächst stattfindende öffentliche Branchenversammlung zu der Frage der Anwendung des schärfsten organisatorischen Kampfmittels, des Streiks, Stellung nehmen.

Die Tarifbewegung der Berliner Schilderanmacher und Helfer, welche am 1. April d. J. eingeleitet wurde, kann jetzt als abgeschlossen gelten. Von den 78 in Betracht kommenden Firmen haben alle bis auf 15 Firmen den Vertrag unterschriftlich anerkannt. Zu den neuen Tarifsätzen arbeiten zirka 96 Prozent der Branchenbeteiligten. Als nichtbewilligt kommen nachgenannte Firmen in Betracht: J. Segal u. Söhne, Alexanderstraße 27a; W. Leißring, Wollankstraße 33; Robert Stamer, Dresdener Straße 38; Julius Paulick, Blumenstraße 76; Paul Eplinius, Neue Schönhauser Straße 12; Eugen Corbes, Neukölln, Pannierstraße 11; Otto Träger, Stralitzer Straße 57; Max Handwein, Frankfurter Allee 61; Richard Kintscher, Andreasstraße 69; Otto Osterloff, Prinzenstraße 81; Hermann Simosek, Skalitzer Straße 38; Hermann Jüschke, Oranienstraße 19; Gebr. Bertram, Schmidtstraße 9; Georg Drobig, Marsiliusstraße 14, und Gebr. Ratzeburg, Neukölln, Berliner Straße. Wie die Branche der Schilderanmacher beschlossen hat, darf bei den oben erwähnten Firmen nach wie vor Arbeit von Branchenangehörigen nicht verrichtet werden. Diese Betriebe gelten bis auf weiteres für die Branche als gesperrt. Anmacher und Helfer bei bewilligten Firmen sind im Besitze eines Arbeitsberechtigungsausweises, den sie jedermann auf Verlangen vorzuzeigen haben. Im Verkehr mit Anmachern und Helfern dieser Branche ist auf den Ausweis besonders zu achten.

Lohndifferenzen bei der städtischen Gutsverwaltung. In der großen städtischen Schmiede-, Tischler- und Stellmacherwerkstatt in Rohrbeckfelde, wo alle Reparaturen der kommunalen Landwirtschaft und Neuanfertigungen für andere Verwaltungszweige angefertigt werden, wird von der Verwaltung der Tarif nicht anerkannt, da sie den gewerblichen Charakter der Werkstatt bestreitet. Die Verwaltung ließ sich auf Drängen der Arbeiter nur herbei, ganz ungenügende Lohnerhöhung anzubieten. Da die Verhandlungen schon seit Dezember v. J. gehen, beschloß die Arbeiterschaft, die Verschleppungstaktik der Verwaltung dadurch zu durchkreuzen, daß die Arbeit nicht früher angefangen wird, bis die Direktion den Tarif annimmt.

Zum Streik in der Herrenwäschebranche wird mitgeteilt, daß bereits mit einer Reihe von maßgebenden Firmen, z. B. mit Wolf u. Glasenfeld, A. Hermann Hirschel auf der vom Verband der Schneider festgesetzten Grundlage eine Einigung erzielt worden ist.

Arbeitslose der Firma Schwartzkopff. Dienstag, den 29. 4., nachmittags 2½ Uhr, gemeinsame Betriebsversammlung in den Pharussälen, Müllerstraße. Der Arbeiterrat.

Kriegsbeschädigte des Siemens-Konzerns! Die Obleute und Vertrauensleute der Kriegsbeschädigten werden zu der am Mittwoch, den 30. 4., abends 7½ Uhr, im Lokal von Schuhmacher, Kurze Straße 17, Zentrum, stattfindenden äußerst wichtigen Besprechung eingeladen.

Die Vertrauensleute der A.-W. Süd, Spandau treffen sich am Dienstag vorm. 10 Uhr bei Mecklenburg, Ravenéstr. 6.

Porzellanarbeiterverband. Heute, Montag, abend 7 Uhr Adalbertstr. 21 Vertrauensmännersitzung der Schildermaler.

Versammlungen.

Bezirk Niederschönhausen. In der am 23. April stattgefundenen Generalversammlung des Wahlvereins nahmen die Genossen den Tätigkeits- und Kassenbericht des Vorstandes entgegen. Der Vorsitzende Genosse Kraushaar konnte von einer erfreulichen Fortentwicklung der Organisation berichten. Der Mitgliederstand ist von 75 im Jahre 1914 auf 550 (darunter 330 männliche und 220 weibliche) angewachsen. Einer Gesamteinnahme von 1375 Mk. steht eine Ausgabe von 1404 Mk. entgegen, so daß ein Kassenbestand von 471 Mk. vorhanden ist. Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Kraushaar, 2. Vorsitzender Seeger, 1. Kassierer Rieger, 2. Kassierer Schaper, 1. Schriftführer Veterien, 2. Schriftführerin Genossin Borngräber, 1. Beisitzer Köppen, 2. Beisitzerin Genossin Wehlisch und Revisoren Lehmann, Günter, Borngräber. Die Berichte vom Parteitag und von der Verbandsgeneralversammlung wurden in Anbetracht der vorgerückten Zeit bis zur nächster Mitgliederversammlung vertagt. Eine lebhafte Diskussion entspann sich bei der Neuwahl des Arbeiterrats. Es wurde vor den Genossen eine intensivere Arbeit des Arbeiterrats gefordert. Als ständiger besoldeter Sekretär des Arbeiterrats wird Genosse Rieger gewählt. Der gesamte Arbeiterrat wurde wiedergewählt. Betreffs der neu zu wählenden Schöffen fand ein Antrag einstimmig Annahme, sofort mit der S. P. D. auf eine paritätische Zusammensetzung zu wirken unter Ausschluß der Bürgerlichen. Nach einem Appell des Vorsitzenden für eine Massenbeteiligung bei der Maifeier zu wirken, um für den unverfälschten Maigedanken zu demonstrieren, fand die sehr gut besuchte, und vom besten Geiste beherrschte Versammlung ihr Ende!

Groß-Berlin.

Feier und kein „Vergnügen"!

Uns wird geschrieben:

Die Frage der Maifeier ist begreiflicherweise in diesem Jahre überall eifrigst diskutiert worden und sogar die Nationalversammlung hat wohl oder übel sich dazu bequemen müssen, den 1. Mai als allgemeinen Feiertag zu proklamieren. Nun wissen wir ja sehr gut, wie wir die Maifeier von Gnaden der Nationalversammlung zu bewerten haben, die sich nicht entblödet, dem 1. Mai einen patriotischen Anstrich zu geben, um ihn für ihre augenblicklichen Zwecke dienstbar zu machen.

Um so mehr muß die Unabhängige sozialdemokratische Partei von sich aus der Maifeier ein Gepräge verleihen, das sich in würdiger Weise durch einen ernsten revolutionären Charakter von der der anderen unterscheidet. In früheren Jahren hat man es oft erleben müssen, daß die Maifeier zu „Vergnügen" zweifelhafter Art degradiert wurde. Man kam hin, um den 1. Mai, den Weltfeiertag des revolutionären Proletariats, zu begehen und wurde durch Komiker, Coupletsänger und Soubretten mehr oder weniger „belustigt". Man war damals schmerzlich erstaunt darüber, daß der sozialistischen Berliner Arbeiterschaft der Maigedanke, der Gedanke der revolutionären Kampfentschlossenheit, zur Erringung des Sozialismus nicht zu hoch stand, nicht zu heilig war, um die Feier dieses Tages auf solch ein Niveau zu stellen. Aber die großen Massen der Arbeiterschaft waren damals eben noch nicht international-revolutionär-sozialistisch, obwohl sie sich so nannten. Das hat der 4. August mit allen seinen Folgen, das hat das Verhalten der sozialistischen Arbeiterschaft zum Kriege zur Genüge bewiesen.

Wir haben nun den Weltkrieg und die Revolution gehabt, wir leben mitten in der Weltrevolution und da sollte man doch glauben, daß es anders geworden ist. Aber so unwahrscheinlich das manchem klingen mag, —auch in diesem Jahre, dem Jahre nach dem Weltkrieg, dem Jahre der Weltrevolution, lautet das Maifeier-Programm eines Groß-Berliner Wahlvereins der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei: Moderner Humorist, Vortrags-Soubrette, Lieder zur Laute.

Man mag nun sagen: es ist überflüssig, an solchen Dingen in dieser Zeit Kritik zu üben, ihnen irgendwelchen Wert beizulegen. Doch nicht so ganz! Solche und viele ähnliche Dinge beleuchten blitzartig den Geist unserer Bewegung. „Aussprechen, das was ist" hat schon Lassalle uns gepredigt, und wir müssen es daher aussprechen, der Geist unserer Arbeiterschaft ist in dieser noch nicht so, um die große geschichtliche Aufgabe zu erfüllen, die ihrer harrt! Was wirklich nottut, dringend nottut, ist die geistige und seelische Revolution eines großen Teils der Arbeiterschaft, sonst erleben wir wieder einen 4. August und nicht den Sieg der Weltrevolution.

Kein Straßenbahnverkehr am 1. Mai.

Das gesamte Personal, d. h. Aufsichtsbeamte, Fahr- und technisches Personal, der Großen Berliner Straßenbahn hat beschlossen, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen, um sich dem Proletariat anschließen zu können. Wir fordern die Verkehrsinstitute Groß-Berlins auf, das gleiche zu tun.

Wir geben dies der Oeffentlichkeit bekannt, um den bürgerlichen Blättern die Möglichkeit zu nehmen, durch falsche Mitteilungen über einen Streik der Straßenbahner das Publikum aufzuhetzen.

Der Arbeiterausschuß.
Rotzky. Schaumburg.

Die Zukunft des Tempelhofer Feldes.

Ueber die Zukunft des Tempelhofer Feldes, das Eigentum des Fiskus war, schweben gegenwärtig wieder neue Verhandlungen. Ursprünglich war beabsichtigt, auf dem bisher als Exerzierplatz benutzten, östlich der Tempelhofer Chaussee gelegenen Teil einen Volkspark zu errichten. Jetzt taucht nun der Plan auf, dort einen Flughafen zu errichten, in den alle Luftlinien sämtlicher den Postdienst versehenden Firmen, mit denen die Reichspost einen Vertrag abgeschlossen hat, einmünden sollen. Das vorliegende Projekt will auf dem Tempelhofer Feld Schuppen für die Flugzeuge errichten mit den dazu gehörenden Reparaturwerkstätten und Benzinstationen. Automobillinien sollen den Flugplatz mit den in Frage kommenden Postämtern verbinden und so die Bestellung der Briefe beschleunigen.

Gegen dieses Projekt müssen wir im Interesse der Bevölkerung der an das Tempelhofer Feld angrenzenden Gemeinden Neukölln, Tempelhof und Mariendorf Protest einlegen. Für diese Bevölkerung ist überhaupt kein in der Nähe liegender Park, der zur Erholung dienen kann, vorhanden; um so mehr war der erste Plan, das Tempelhofer Feld in einen Volkspark umzuwandeln, zu begrüßen, und es muß energisch darauf hingearbeitet werden, daß dieser Plan verwirklicht wird. Für einen Flughafen, wenn man Johannisthal wegen der Entfernung nicht nehmen will, wird sich auch noch anderswo ein geeigneter Platz finden. Es wird nötig sein, daß sich die beteiligten Gemeindevertretungen umgehend mit der Angelegenheit beschäftigen.

Volkshochschule Groß-Berlin.

Unter Beteiligung von Vertretern der Groß-Berliner Gemeinden, der Universität, des Kultusministeriums, sowie der Arbeiterschaft und der größeren Volksbildungsvereinigungen ist ein „Ausschuß für die Volkshochschule Groß-Berlin" gegründet worden. Der Ausschuß will alle Bestrebungen zusammenfassen, die zur Errichtung einer Volkshochschule für Groß-Berlin im Gange sind und die Vorarbeiten mit größter Beschleunigung in die Wege leiten. Das Bureau des Ausschusses befindet sich im Gebäude des Marstalles Berlin C. 2, Breitestr. 38.

Beiräte für Strafanstalten.

Die Fraktion der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei im Rathause hat folgenden Antrag eingebracht: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, mit den zuständigen Behörden in Verbindung zu treten wegen beschleunigter Bildung der in der allgemeinen Verfügung des Justizministers vom 22. Februar 1919 angeordneten Beiräte bei den größeren Strafanstalten und zwecks Ausdehnung dieser Verfügung auf die Untersuchungsgefängnisse."

Der wilde Handel in der Rosenthaler Vorstadt.

Das Pressedezernat der Republikanischen Soldatenwehr ersucht uns um Veröffentlichung der folgenden Mitteilung: Dem Depot 1 der Republikanischen Soldatenwehr, in dessen Sicherungsbereich die Schönhauser, Weinmeister-, Münz- und Gormannstraße liegen, ist es, nachdem schon verschiedentlich von anderen Formationen ergebnislos der Versuch gemacht wurde, die genannten Straßenzüge von den „wilden Händlern" zu säubern, am 18. d. M. gelungen, diese Säuberung restlos und ohne jedes Blutvergießen dank der vorzüglichen Organisation, mit der das Unternehmen durchgeführt wurde, zu befreien. Da nach den bisher gemachten Erfahrungen nach Zurückziehung der Sicherungsmannschaften derselbe Unfug in meist noch größerem Umfange vor sich ging, sind jetzt von seiten des Depots 1 ständige Streifpatrouillen unterwegs, so daß dem Uebelstand zur Freude aller Anwohner vollkommen abgeholfen ist.

Damit ist bewiesen, daß die brutalen Mittel, die des öfteren angewandt wurden, um diesen in weiten Kreisen Anstoß erregenden Uebelstand zu beseitigen, nicht nötig waren und nur dazu geführt haben, daß auch zahlreiche Unschuldige ihr Leben lassen mußten. Es ist ferner damit bewiesen, daß es nicht der unter Führung draufgängerischer Offiziere stehenden Freiwilligenkorps bedarf, um Ruhe und Ordnung herzustellen, sondern daß die aus älteren und überlegten Mannschaften zusammengesetzten Sicherheitswehren dazu viel besser geeignet sind.

Zur Entlassung Auswärtiger.

Durch Beschluß des Demobilmachungsausschusses vom 28. d. M. ist die Verordnung vom 3. d. M. in einigen Punkten abgeändert. Für die Bewohner der nicht zu dem Lebensmittelverband Groß-Berlin gehörigen Vorortgemeinden ist der neue § 1a von besonderer Bedeutung. Danach brauche nicht entlassen zu werden, wer bei Kriegsausbruch in Groß-Berlin eine ständige Beschäftigung hatte, oder noch schulpflichtig war und nach der Entlassung erstmalig in Groß-Berlin eine Stellung annahm. Ferner sind Erleichterungen für die Gemeinden, die unmittelbar an den Lebensmittelverband grenzen, getroffen worden. Weiter ist bestimmt, daß außer den Beziehern einer Militär- oder Unfallrente von mehr als 50 Prozent Kriegsteilnehmer dann nicht entlassen zu werden brauchen, wenn sie mehr als 50 Prozent erwerbsunfähig sind, aber auf ihren Rentenanspruch verzichtet haben. Endlich ist bestimmt, daß die den Arbeitnehmern zu stellende Frist, innerhalb der sie dem Arbeitgeber ihren Wohnsitz bei Kriegsausbruch nachzuweisen haben, automatisch an dem ersten Werktage nach dem Tage beginnt, an welchem der Arbeitgeber die Dauer der Frist bestimmt hat. Der genaue Wortlaut der Veränderungen wird in der nächsten Nummer des Berliner Gemeindeblattes veröffentlicht werden. Zur Vermeidung von Zweifeln wird darauf hingewiesen, daß die Verordnung auf Arbeitnehmer jeder Art und nicht nur auf kaufmännische oder gewerbliche Arbeitnehmer Anwendung findet. Also auch Vereine, Stiftungen, Krankenhäuser, Rechtsanwälte, Aerzte usw. haben das Entlassungsverfahren nach dieser Verordnung zur Durchführung zu bringen.

Ein drakonisches Urteil.

Anläßlich der Berichte über Kriegsgerichtsverhandlungen haben wir oft den zweifelhaften Wert der Aussagen von Zeugen, die behaupten, vom einmaligen Sehen den Angeklagten genau wiederzuerkennen, gekennzeichnet. Bisher haben die Gerichte diese Zeugenaussagen auch entsprechend eingeschätzt. Standen sich aber völlig entgegengesetzte Zeugenaussagen gegenüber, dann mußte das Gericht, was auch bei den Kriegsgerichten stets der Fall war, auf Grund des „non liquet" zu einem Freispruch kommen. Wenn in der Beweisaufnahme festgestellt wurde, daß der Angeklagte wohl Waffen getragen, aber nicht am Kampf teilgenommen hat, dann erklärten sich die außerordentlichen Kriegsgerichte für unzuständig und überwiesen die Sache an das ordentliche Gericht zur Aburteilung wegen Uebertretung des Verbots betr. Besitz von Waffen. Am Freitag ist das außerordentliche Kriegsgericht des Landgerichts III von dieser bisher geübten und durchaus im Sinne des Gesetzes liegenden Praxis abgewichen und hat ein Urteil gefällt, gegen das auch vom juristischen Standpunkt aus schärfster Protest eingelegt werden muß.

Der Genosse Mauthey soll am 6. und 7. März als Aufständischer in der Frankfurter Allee Posten gestanden haben. Er bestritt dies und gab an, in der fraglichen Zeit bei seiner Braut gewesen zu sein. Als einziger Belastungszeuge erschien ein Herr Schünemann, der den Angeklagten mit Gewehr gesehen haben will und angibt, ihn genau wiederzuerkennen, trotzdem der Vorgang schon 7 Wochen zurückliegt und er den M. sonst nicht gekannt hat. Das Auftreten dieses Zeugen machte den Eindruck, daß er gegen den Angeklagten Partei nimmt. Die als Zeugin vernommene Braut des M. behauptete, an den fraglichen Tagen mit ihrem Bräutigam zusammen gewesen zu sein.

Der Anklagevertreter hielt den Angeklagten trotz dieser Widersprüche des Aufruhrs für überführt und beantragte 3 Jahre Gefängnis.

Der Verteidiger Dr. Bönheim forderte die Freisprechung. Den Aussagen des Zeugen Schünemann stehen die der Braut des M. gegenüber. Der Braut sei schon deshalb eher zu glauben, weil sie den Angeklagten genau kennt und sich nicht in der Person irren kann, was sicher bei dem Zeugen der Fall ist. Hätte aber M. Posten gestanden, dann seien die Tatbestandsmerkmale des Aufruhrs nicht vorhanden, da er an keiner Zusammenrottung teilgenommen und keinen Widerstand geleistet hat. Eine Verurteilung wegen Aufruhr käme also auch dann nicht in Frage.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu zwei Jahren Gefängnis, weil es erwiesen sei, daß er sich den „Spartakisten" angeschlossen hatte.

Leider kann gegen dieses Urteil keine Berufung oder Revision eingelegt werden, denn die Entscheidungen der außerordentlichen Kriegsgerichte werden sofort rechtskräftig. Wir fordern darum immer wieder die sofortige Aufhebung dieser Gerichte.

Mangel an Lehrern. An den Berliner Gemeindeschulen ist gegenwärtig ein Mangel an Vertretungskräften vorhanden. Geeignete Bewerber werden ersucht, sich mit einem entsprechenden Gesuch, Lebenslauf und Zeugnissen im Schulbureau, Rathaus, 3. Stock, Zimmer 81, zu melden.

Mahlsdorf. Dem zum Segen der Gemeinde seinen Dienst quittierenden Gemeindevorsteher bewilligten die Gemeindevertreter mit Unterstützung der Scheidemannsozialisten noch eine Liebesgabe von 8700 Mark in Form einer Wirtschaftsbeihilfe. Es handelt sich um den Mann, der die Gemeinde um ca. 100 000 Mark geschädigt hat. Für die hier einquartierten Regierungstruppen haben aber selbst die bürgerlichen Parteien nichts mehr übrig, so daß von der Kommune die Fortnahme der Soldaten beantragt wurde. — Unsere Maifeier findet im Restaurant „Rathausbären", Inh. Semmler, Grunowstraße, um 10 Uhr vormittags statt. Den Festvortrag hält Genosse Passier. — Die Spedition der „Freiheit" liegt ab 1. Mai in den Händen des Genossen Haupt, Hönower Straße 180. Alle Abonnenten werden gebeten, diesem rechtzeitig ihre Adressen und etwaige Wünsche mitzuteilen. Der Spediteur wird für pünktliche Zustellung morgens und abends Sorge tragen und hat auch die Zustellung der Frauenzeitschrift „Die Kämpferin" und der Wochenzeitschrift „Die freie Welt" übernommen.

Lichtenberg. Die städtische Möbelausstellung in der Aula der Schule in der Holteistraße ist — wie auf mehrfache Anfragen hin mitgeteilt sei —, Mittwochs und Sonnabends in der Zeit von 3—6 Uhr geöffnet. Für Führung durch den Ausstellungsraum ist Sorge getragen. Die Möbelbeschaffungsstelle befindet sich Rathausstraße 7.

Arbeiter-Samariter-Bund Kolonne Groß-Berlin. Samaritergenossen, findet Euch am Mittwoch, den 30. April, vollzählig zur Mitgliederversammlung ein. Behufs Empfangnahme des Dienstes zum 1. Mai. Keiner darf fehlen, da es gilt, zu zeigen, daß wir gewillt sind, unserer Armbinde Ehre angedeihen zu lassen. Armbinden werden am 28. April in der Lehrstunde Melchiorstr. 15 von abends 6½ Uhr ab durch den Vorsitzenden gestempelt und verteilt. — Freitag, den 2. Mai, Abt. II, Usedomstr. 33, abends 7½ Uhr, Vortrag und Uebungsstunde. VI. Abt., Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Str. 45b, muß die Lehrstunde wegen der Maifeier ausfallen und auf den 8. Mai verlegt werden.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, ehem. Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Neukölln, veranstaltet am Dienstag, den 29. d. M., abends 7 Uhr, in der Aula der Oberrealschule, Neukölln, Emser Straße 133, an der Bergstraße, eine öffentliche Versammlung. Kamerad Pfändler spricht über: „Das Recht der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen."

Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie. Bezirk Südosten: Dienstag abend 7 Uhr im Lokal „Oden" (vorm. Eberlein), Britzer Straße 22, Bezirksversammlung. Bezirk Osten: Dienstag abend 7 Uhr Mitgliederversammlung bei Schulz, Wallner-Theaterstr. 20. Gäste willkommen.

Aus den Organisationen.

Vierter Kreis. Dienstag abend 7 Uhr bei Graumann, Naunynstr. 27, Kreiskonferenz. Beratung über den Reorganisationsentwurf.

Fünfter Kreis, 7. Abt. Dienstag, abends 7½ Uhr, Spielzahlabend im „Hamburger Hof", Unterbaumstr. 2.

Neukölln. Die Genossen, welche seinerzeit rote Fahnen vom Bureau entliehen haben, werden ersucht, dieselben umgehend im Bureau wieder abzugeben.

Treptow-Baumschulenweg. Die zu Dienstag angesetzte Funktionärsitzung findet heute abend 7 Uhr bei Krause statt. Die Parteigenossen, welche am 1. Mai als Ordner tätig sein wollen, haben sich dort ebenfalls einzufinden.

Potsdam, Spandau, Osthavelland. Dienstag abend 7 Uhr im Parteibureau, Schicklerstr. 5, in Berlin gemeinsame Sitzung der Kreisvorstände von Niederbarnim und Osthavelland. Das Erscheinen aller Kreisvorstandsmitglieder ist wegen der wichtigen Tagesordnung dringend erforderlich. Der Kreisvorstand.

Tempelhof. Dienstag abend 7½ Uhr in der Schulaula Friedrich-Wilhelm- Ecke Werderstraße: Gemeinschaftlicher Zahlabend. Stellungnahme zur Reorganisation. Maifeier.

Lankwitz. Dienstag abend 7½ Uhr Mitgliederversammlung bei Dohn, Kaiser-Wilhelm-Straße 34.

Rosenthal-Niederschönhausen-West-Nordend. Dienstag abend 7 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal von Milbrodt, Kronprinzen- Ecke Waldeseestraße. Wichtige Tagesordnung.

Reinickendorf-West. Achtung! Der für heute im Lokale Marz angesetzte Diskutierabend findet nicht im genannten Lokal, sondern in der Aula der 5. Gemeindeschule, Auguste-Viktoria-Allee 35/37, heute, Montag, abend um 7 Uhr statt.

Bezirk Weißensee. Dienstag abend 7 Uhr in der Aula des Realgymnasiums, Wilhelmpromenade, Fortsetzung der außerordentlichen Generalversammlung.

Freie Jugend Süden und Südwesten. Dienstag abend ½8 Uhr im Musiksaal des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Kochstraße 13, Fortsetzung der Generalversammlung. Neuwahl des Vorstandes.

Spiel und Sport.

Pankow. Der Berliner Arbeiter-Schachklub veranstaltet am Dienstag abend 7 Uhr im Lokal „Zur Hütte", Breitestr. 16, einen Schachvortrag mit Vorführungen am Wandbrett. Arbeiterschachspieler und solche, die es werden möchten, haben freien Eintritt.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Parteisekretär U.S.P.
für den Agitationsbezirk Groß-Thüringen sofort gesucht. Organisationstalent, Ueberzeugungstreue, rednerische Befähigung, gründliche Kenntnis der Theorie und Praxis der revolutionären Arbeiterbewegung Bedingung. Ferner sind Kenntnisse der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Thüringens erwünscht. Angebote mit kurzem Lebenslauf und Mitteilungen über die bisherige Betätigung in der Arbeiterbewegung sind bis zum 10. Mai an
Heinrich Malzahn, Erfurt, Spittelgartenstraße 26, III
zu senden.

Berichtigung.
Liederbuch für das arbeitende Volk.
Preis ist nicht 25 Pfg. sondern 75 Pfg.
(Porto 10 Pfg.)
A. Hoffmanns Verlag, G. m. b. H., Berlin O 27,
Blumenstraße 22 I.

Elektro-Mechanische
Reparatur-Werkstatt
mit eingeführter Kundschaft wegen Umzug nach Polen verkäuflich. Preis 4000 Mark.
Machura, Alte Schönhauserstr. 41, Tel. Nord. 9706

Fahnen zur Maifeier vorrätig bei Gabriel, Lebuser Str. 7

Kriegsbeschädigter sucht 1000 M. Sicherheit Wohnungseinrichtung. Offerten J. H. 109 Filiale Strausberger Strasse 24

Schreibmaschine möglichst Continental, gut erhalten, kauft sofort gegen Kasse Krause, Rathenower Str. 56.

Blauer Anzug, kleine Grösse, verkauft Sohr, Rigaer Strasse 4.

Halensee.
Vom 1. Mai ab wird die Zeitung in Halensee durch Botenfrauen unserer Wilmersdorfer Spedition Dannecke, Gieselerstraße 25, Laden, täglich 2mal in Haus gebracht. Wir bitten alle unsere Postabonnenten ihre Adresse sofort mittels Postkarte dem Spediteur Dannecke, Gieselerstraße 25, bekanntzugeben und für den kommenden Monat nicht mehr bei der Post zu bestellen.
Verlag Freiheit e. G. m. b. H.

Junger
Rechtsanwalt
sucht per sofort in Berlin Bürogemeinschaft oder Association mit Kollegen. Offerten unter F. W. 20

Botenfrauen
sucht Spedition Zimmer, NO. 18 Strausberger Straße 24.

Großen Erfolg
haben selbst die
Kleinen Anzeigen
in der „Freiheit".

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Nachruf!
Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegen
der Schlosser
Paul Merchel,
Pankow, Grunowstr. 7, am 17. d. M.,
der Dreher
Heinrich Elias,
am 23. d. Mts. an Lungenleiden,
und der Schleifer
Thomas Joppek,
Hasselwerderstr. 39, am 24. d. Mts. gestorben sind.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Sargtriffe-Einrichtung
komplett mit Maschinen u. Zubehörteilen
(wegen Umzug nach Polen) verkäuflich. Preis 18 000 M.
Machura, Alte Schönhauserstr. 41, Tel. Nord. 9706.

4. Wahlkreis Gr. U. S. P. D. Bezirk 148
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schlosser
Franz Mai...
Adalbertstr. 80 gestorben ist. Ehre s. Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, d. 29. April, nachmittags 3 Uhr auf d. Luisenfriedhof, Mannheimerstr. statt. D. Vorst.

Deutsch. Transportarbeiter-Verband Bezirksverwaltung Groß-Berlin
Nachruf!
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kohlenarb.
Albert Gobel
von der Firma F. Dahl, Maybach-Ufer, am 22. d. M. im Alter von 51 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.

Botenfrauen stellt
W. Brall, SO 36, Pflügerstr.